

Dringliche Anfrage an den Stadtrat

Die No Billag-Initiative und die Konsequenzen für die Stadt Aarau

2. Februar 2018

Im kommenden März kommt die eidgenössische Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren,“ No Billag-Initiative“) zur Abstimmung. Die Initiative will, dass der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte keine Radio- und Fernsehempfangsgebühren mehr erheben dürfen. Stattdessen soll der Bund Radio- und Fernsehkonzessionen versteigern. Insbesondere wird Abs. 2 von Art. 93 BV gestrichen, welcher bisher lautet: „Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.“

Die Auswirkungen bei einer Annahme von No Billag sind klar: Sowohl die SRG-Radio- und Fernsehsender wie auch schweizweit 34 konzessionierte private Lokalradio- und Regionalfernsehveranstalter erhalten keine Gebühren mehr. Sind diese Sender nicht in der Lage, innert kürzester Zeit alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, stehen sie vor der Schliessung. Bei einer möglichen Schliessung von öffentlichen und privaten Radio- und Fernsehsendern stehen gemäss Berechnungen des BAK Basel in der ganzen Schweiz rund 13'500 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Die Stadt Aarau

Die gesamte Region Aargau-Solothurn und besonders auch die Stadt Aarau als Sitz von Regierung und Grosse Rat profitieren von der politischen und kulturellen regionalen Berichterstattung von SRF Regionaljournal Aargau-Solothurn, Tele M, Kanal K und Radio 32. Neben einer Verarmung des publizistischen und kulturellen Angebots stehen in der Stadt Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Rettung der SDA

Ebenfalls kritisch ist die gegenwärtige Situation der SDA (Schweizerische Depeschenagentur), die alle Schweizer Medien auch die hiesigen mit qualitativ hochstehenden und inhaltlich geprüften Nachrichten versorgen. Sie könnte gerettet werden, wenn die Radio- und Fernsehgebühren nicht abgeschafft werden. Im Entwurf des neuen Mediengesetzes, das 2019 beraten und beschlossen werden soll, ist vorgesehen, dass die SDA neu ebenfalls finanzielle Mittel aus dem Gebührentopf erhalten wird.

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Die eidgenössische Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) lehnt die No Billag-Initiative ab, ebenso der Aargauische Gewerbeverband, etliche kantonale Parteien (FDP,CVP. BDP, SP, Grüne, GLP) und die Gewerkschaften. Wie steht der Stadtrat zur „No-Billag“-Initiative?

2. Wie viele Arbeitsplätze sind durch eine Annahme der No Billag-Initiative in der Stadt Aarau bedroht?
3. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden?

Begründung der Dringlichkeit:

Aufgrund der Abstimmung im März 2018 und der staatspolitischen Bedeutung und der Auswirkungen auf Arbeitsplätze ist eine rasche Beantwortung notwendig.

Aarau, 25. Januar 2018

Unterzeichnende:

Eva Schaffner, Lukas Häusermann, Barbara Schönberg, Peter Roschi, Petra Ohnsorg

